

## Stadtratsmehrheit für Absägen



Die Würfel sind gefallen. Auf der letzten Ratsitzung vor der Sommerpause entschied sich eine knappe Mehrheit von 20 gegen 19 Stimmen gegen eine Befassung mit den Sanierungsvarianten für die Breite Straße. Oberbürgermeister Dr. Niggé setzte sich so mit seiner Auffassung durch, dies sei eine Angelegenheit der Verwaltung – sprich: weder Rat noch Bürgerinnen sollten sich da weiter einmischen. Gebaut wird jetzt also jene Variante, die die „Enthamme“ (so die Sprachregelung der Verwaltung) aller alten Linden zur Voraussetzung hat.

Für den Erhalt der Linden hatte sich zuletzt auch die „Solidarische Initiative Neuenhäuser“ eingesetzt. Wir sprachen mit Kia und Nora.

???: Ein Argument seitens der Stadt ist, dass elf Bäume seien „abgängig“ seien. Und in der CZ behauptete Jens Hanssen (Fachdienstleiter Grün-, Straßen- und Friedhofsbetrieb), dass „31 weitere leichte bis mittelstarke Schäden aufweisen und deren Lebenserwartung laut expertem Baumgutachter auf maximal 10 bis 15 Jahre geschätzt werden würde. Ihr habt euch daraufhin das Gutachten angesehen. Mit welchem Ergebnis?

Nora: Gemeinsam mit einer Baumpflegerin habe ich das Baumgutachten im Rathaus eingesehen. Dem neuzeitigen Gutachten 6420 des Sachverständigenbüros Venzke zufolge sind nur zwei Bäume als „abgängig“ eingestuft, nämlich die im April bereits gefällte Linde Ecke Oha- genstraße sowie die Linde vor der Mauer der Hausnummer 17. Diese zwei hatten als einzige Bäume die schlechteste Vitalitätsstufe 4 und waren als „nicht erhaltenswert“ klassifiziert. Dabei ist zu erwähnen, dass die vormalige Klasse 3 „gar“ nicht vorkommt. Alle sonstigen Bäume der Breiten Straße bewegen sich zwischen Stufe 0 (sehr gut), 1 und 2. Es heißt in der Zusammenfassung des Baumgutachtens wörtlich: „11 werden als nicht erhaltenswürdig eingestuft. [...] Entweder ist die Vitalität nicht mehr ausreichend vorhanden oder es sind Vorschäden da.“ Das bedeutet, dass angeblich umfangreicher Baumaßnahmen diese elf bzw. nun noch neun Bäume jene seien, die als nächstes „abgängig“ werden.

Kia: Dieses Gutachten sagt also nicht, dass elf Bäume „abgängig“ sind, sondern nur zwei. Das finde ich wichtig festzuhalten. Elf Bäume sind anhand der Einschätzung, sie könnten irgendwann bald eventuell abgängig werden, als „nicht erhaltenswert“ markiert. Die Verwaltung hingegen will ungesiehter ihres vorwiegend guten bis sehr guten Zustands alle Bäume fällen lassen.

Nora: „Wir haben den Eindruck, dass Rat und Öffentlichkeit hinsichtlich des Zustands der Bäume und des Ergebnisses des Gutachten belogen worden sind. Ohne dass wir Herrn Hanssen in der vorletzten Ratsitzung gewis-

prodizieren Sauerstoff, und das um ein Vielfaches besser als junge Bäume. Sie haben sich lange im Ökosystem etabliert und bieten so Lebensraum für diverse Tier- und Pflanzenarten. Bäume, die älter als 40-50 Jahre sind, sollen erst recht geschützt werden. So fordern die VertreterInnen der Deutschen Gartenbauteknerkonferenz GALK, also die KollegInnen von Haussser: „Altbaum sind unsere Klimaspezialisten [...] Erhalt und Schutz von AltBäumen [...] stellen damit zentrale Maßnahmen eines erfolgreichen Klimafolge managements dar“.

???: Welche Argumente gibt es für die Fällung?

Kia: Geld ist in zweierlei Hinsicht ein relevanter Aspekt. Erstens: Die Kronenpflege, sie wurde ja einige Jahre vorher gemacht, wodurch die Kronen und auch die Wurzeln weitgewachsen sind. Dies führt erva bei der Bäckerei Pippel zu Schäden an Leitungen. Die Bausubstanz im Keller musste extra abgestützt werden. In der Wahrnehmung wird dadurch die Fällung schnell zur naheliegenden Option, als Bäume zu erhalten. Die Instandhaltungskosten müssen allein von den Eigentümern steuern werden. Zweitens sei Fällen und Neupflanzen die schnellere und günstigere Sanierungsoption. Hierfürchen einige, dass die Kosten auf die Eigentümerin und -eig. auf die Mieten umgedreht werden könnten. Wir meinen: Um die Lebensqualität insgesamt in den Straßen zu erhalten, muss die Stadt mehr in die Pflege der Bäume investieren und hätte es in der Vergangenheit schon tun müssen.

Nora: Es gab Aussagen, dass das Engagement für den Erhalt des Baumbestands rein emotional geführt werde und Sachlichkeit zu vermissen sei. Man kann sogar einen Vorwurf daraus hören, dass unser Engagement unverhältnismäßig sei, die Abläufe stören und man die Verwaltung einfach ihre Arbeit machen lassen solle. Diese Verurteilung unseres Engagements hinterlässt den Eindruck, dass wir Fragen über den Kern von Demokratie neu aufgreifen sollten. Wir alle wissen, dass das Arteisterben und der Klimawandel der Erde zu schaffen machen und die Folgen auch schon jetzt und hier vor Ort spürbar sind. Wer vor diesem Hintergrund Klimafragen ignoriert, ist vielmehr gefährlich wenig emotional und unsachlich.

???: Es geht also um mehr?

Nora: Es geht auch um eine Haltung zur Klimakatastro-

phe, um eine Haltung zu demokratischen Miteinander, um die Frage, wer uns eigentlich repräsentiert. Es soll eine Bürgermeisterbeteiligung gegeben haben? Wir erinnern uns bloß an die distanzierte online-Info-Vorstellung der Stadt, wo Fragen zu den präsentierten Entwürfen gestellt werden können. Die Möglichkeit, online eine Meinung beizutragen, war auf der Webseite nach kurzer Zeit unangemeldigt deaktiviert. Dazu wurden die Ergebnisse nicht transparent veröffentlicht. Herr Pippel sprach kürzlich von einer „Eigentümerbefragung“. Das ist erstaunlich – ist die Breite Straße doch von mehr MieterInnen als Hausbesitzenden bewohnt. Als Bürgerbeteiligung oder gar demokratische Vorgehensweise empfinden den viele dieses Vorgehen keinesfalls.

Kia: Die zwei nächsten Linden der Straße sind 18 Meter hoch. Ihre Kronen verdunsten Wasser, spenden Schatten und schützen so Straße und Umgebung vor Hitze und Trockenheit. Sie filtern die Luft von Schadstoffen und

es seitens der Stadt nicht einmal eine detaillierte Kostenabschätzung gibt. Dennoch rechnet Hanssen auf Basis von Erfahrungswerten mit Mehrkosten in Millionen, wenn die Bäume erhalten. Auffallend ist, dass der Neukauf von über 80 Linden in den Sanierungskosten zwischen allen Varianten nicht die Rede sein. Dazu kommen Sorgen der Anwohnenden in Bezug auf die Umsetzung des Schwammsiedlungsprinzips, auf die die Verwaltung bislang keine fundierten Antworten liefern konnte. Beim Denkmalschutz verweist die Stadt auf die Kompetenz ihrer unteren Denkmalschutzbehörde, ohne steh mit den Bedenken der Kritikabfügen. Mit Seniosität, Transparenz und Kritikfähigkeit hat das aus unserer Sicht nicht viel zu tun. Das Votum von 2019 stimmen mit der äußerst knappen Mehrheit der Fraktionen aus CDU, FDP, AfD und Unabhängigen im Rat spricht Fünfe. Diese von OB Niige gewünschte Blockade ist nichts anderes als Basta-Politik.

???: Wie sieht es unter den Anwohnenden der Breiten Straße aus? Was sagen sie zu den unterschiedlichen Varianten?

Kia: Wir haben als Ökologie AG der Solidarischen Initiative Neuenhäuser zusammen mit den Parents für Future, der Celler Klima Plattform und attrac Celle eine Umfrage in der Breiten Straße gestartet. Unsere Befragung von bislang 27 Haushalten ergab folgendes Bild: 17 sind für den Erhalt der Bäume, also eine klare Mehrheit – sechs sind unentschlossen und vier sprachen sich für Neupflanzungen aus. Bereits in der Online-Umfrage anstaltung der Stadt gab es mehrfachen Widerspruch gegen die Baumfällungs-Pläne, per Wortsbeiträgen und schriftlich. Heraus kam also ein anderes Bild als die Darstellung in der Callescher Zeitung, wo behauptet wurde, die Mehrzahl die Verwaltung Variante unterstützen würde. Wir haben nicht alle Haushalte angefragt, aber mit dem was die Stadt gesprochen haben will, um zu solchen Behauptungen zu kommen, ist nicht nachvollziehbar.

Nora: Dies bestärkt uns, eine Perspektive aus der Gesellschaft, aus Neuenhäusern, weiterhin stark zu machen. Wir zeigen, dass ökologische und wirtschaftliche Entscheidungen für die Menschen in Neuenhäusern und darüber hinaus viel wichtiger sind, als die Behauptungen aus dem Rathaus den Anschein machen sollen. Und es ist erfreulich zu sehen, dass wir mit unserem Widerstand gegen die Abholzung der alten Lindenalleen mit vielen AnwohnerInnen und CellerInnen zusammengestanden. Trotz des Ratsbeschlusses werden wir nicht aufgeben. Wir werden weiterhin von der Verwaltung Transparenz einfordern und unbegrenzt bleiben.